

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtorbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 53.

Sonnabend, den 31. Dezember 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Jahresrückblick. — Steinbruchbesitzer als Erpresser. — Der Bauarbeiterverband. — Kohlenoxydgasvergiftungen bei Bauausführungen. II. — Was will die Gewerkschaft? — Korrespondenzen. — An die Zahlstellenaffäre! — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage:** Inhalts-Verzeichnis des „Steinarbeiter“, Jahrgang 1910.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Ettringen bei Mayen (Rheinland).** Die Firma Gebrüder Ott hat unseren Mitgliedern gekündigt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbandsverbande auszutreten. Die Firma ist gesperrt.

**Bennigsen.** Die Firma C. Mensig bezahlt so schlechte Preise, daß wir den reisenden Kollegen den Hinweis geben müssen, sie möchten nach hier den Zugang vermeiden.

**Meißen (Elbe).** Die Unternehmer ließen eine Petition zirkulieren, zugunsten eines hohen Lohnes auf schwedische Pflastersteine. Die Kollegen, die nicht unterzeichneten, wurden sofort entlassen. Der unverächtliche Erpressungsversuch der Unternehmer wird auch im Reichstage zur Sprache kommen.

**Reichenbach i. Odenw.** Am 17. Dezember wurden bei der Firma Deutsche Steinindustrie Akt.-Gesellschaft 101 Kollegen gekündigt. Grund hierzu ist folgender: Die Firma verlangte von den Kollegen eine schriftliche Erklärung dahingehend, daß die Hilfsarbeiter während dem Bestehen des Steinmeh- und Schleifertarifes keine Lohnforderungen und auch keine Massenkündigung vornehmen. Diese Forderung der Firma wurde natürlich abgelehnt.

**Oesterreich.** Lohnunterschiede bestehen in Karlsbad, Nixdorf, Olmütz und Eilitz.

## Jahresrückblick.

Ein reichbewegtes Jahr für den Verband geht zur Neige. An Arbeit hat es den ehrenamtlichen und besoldeten Funktionären nicht gefehlt. Mit Eintritt des Jahres 1910 wandte sich das ganze Interesse der Kollegenchaft der abgukhaltenden Generalversammlung zu.

Die Eisenacher Tagung wird in der Verbandsgeschichte eine bleibende Erinnerung hinterlassen. Sehr einschneidende Punkte standen dort zur Beratung. Die wichtigsten waren wohl die Lösung der Hilfsarbeiterfrage und die Erörterung, ob die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurzeit möglich sei. Die Abrechnung über das 3. Quartal 1910 ergibt, daß in etwa 70 Zahlstellen ebenfalls Beitragsmarken zu 30 Pfg. umgelegt werden. Das ist ein Beweis dafür, wie dringend nötig die Einführung der 30 und 40 Pfg.-Beitragsklassen war. Ein in der Agitation stehender Kollege schrieb uns kürzlich: „Hätten wir vor 4 Jahren schon eine Beitragsregulierung vorgenommen, den Herren Christen wäre es ungemein schwierig gefallen, in die Steinindustrie einbringen zu können.“ Wie notwendig es war, die Hilfsarbeiterfrage gründlich zu klären, das werden wir in etwa 2—3 Jahren am ehesten im vollen Umfange würdigen können. Die zukünftigen Lohnbewegungen werden uns in dieser Beziehung wertvolle Fingerzeige geben. Kürzlich sagte bei einer Tarifverhandlung ein Unternehmervertreter zu einem Verbandsfunktionär: „Die Hilfsarbeiter bedeuten für den Steinarbeiter eine Angel am Bein.“ Jene Aeußerung zeigt so recht drastisch, daß es den Unternehmern sehr unangenehm ist, weil die Hilfsarbeiter unter der jetzigen Beitragsstaffel in den Verband eintreten können. — Es ist überhaupt wesentlich, daß die überaus große Mehrheit der Verbandsmitglieder anerkennt, daß schon aus taktischen Gründen die genannte Arbeiterkategorie unserer Organisation angegliedert sein muß. Diese Meinung hat sich erst nach und nach durchgesetzt und es ist deshalb kein Fehler, wenn im „Steinarbeiter“, insbesondere aus Mitgliederkreisen heraus, diese Materie einer umfassenden Würdigung unterzogen wurde. Wir empfehlen unsern Lesern den Artikel: Der Bauarbeiterverband, welcher an anderer Stelle dieses Blattes zu finden ist, zur intensiven Betrachtung. Was dort gesagt wird über die veränderte berufliche Stellung zwischen Maurer und Bauhilfsarbeiter, kann ebenfalls in Parallele gestellt werden mit dem Verhältnis zwischen den gelernten und ungelernten Arbeitern in der Steinindustrie. Daß in Eisenach die Erwerbslosenunterstützungsvorlage abgelehnt wurde, hat allenthalben große Befriedigung ausgelöst. Die warmen Befürworter jener Unterstützung haben ebenfalls großes Tatgefühl bezeugt, daß nach der Generalversammlung mit weiteren Erörterungen bald Schluß gemacht wurde.

Der Geschäftsgang im verflochtenen Jahre darf allgemein ein guter genannt werden. Es ist eine Seltenheit, daß beispielsweise die Sandsteinindustrie in Sachsen seit Monaten vollauf beschäftigt ist. Auch in den

Sandsteinbetrieben Süddeutschlands ist gegenüber den Vorjahren eine merklige Besserung des Geschäftsganges eingetreten. Die jetzige milde Witterung hat es zugelassen, daß die übernommenen Aufträge völlig fertiggestellt werden konnten. Es gewinnt allgemein den Anschein, als ob die Architekten den Sandstein zukünftig wieder etwas mehr werten wollten. — Sehr flott ist die Muschelkalkindustrie im Unterfränkischen beschäftigt, die Zahl der Arbeiter dort wird sicherlich 1000 übersteigen. Durch die Abschließung des Bezirksstarifes ist eine gewisse Solidität bei den Submissionen gegeben. Der Vertragsabschluß hat mit einem Schlage dem Verbands 200 neue Mitglieder gebracht. — In der Hartsteinindustrie, soweit Hausstein- und Denkmalsarbeiten in Frage kommen, war ein Ueberfluß an Arbeitsaufträgen nicht zu verzeichnen. Massive Steinmeharbeiten auf Granit werden heutzutage nur selten in Bestellung gegeben. Die Architektur ist eben nüchterner geworden. In der Denkmalsbranche herrscht noch ein großer Wirrwarr bezüglich des Auffindens einer anheimelnden Stilrichtung. Es sind aber sehr ernsthafte Bestrebungen im Gange, daß auch bei der zeichnerischen Herstellung der Grabdenkmäler der architektonisch tief empfindende Künstler zur vollen Geltung kommt. Halten jene Bestrebungen an, und wir können es als Arbeiter nur sehr wünschen, so wird die geschäftliche Lage in der Denkmalsbranche sicherlich eine starke Besserung erfahren. — Mit Aufträgen sehr gut versehen war die Pflastersteinindustrie. Wir haben im „Steinarbeiter“ laufend die Ausschreibungen bekannt gegeben und dabei ergab sich, daß auch in den kleineren Städten ganz bedeutende Summen für Pflasterung ausgegeben werden. Die Produktion der Pflastersteine bringt für die Unternehmer noch den schönsten Verdienst und da als Abnehmer meist nur städtische Verwaltungen in Frage kommen, so ist ein finanzielles Risiko bei den Lieferungen so gut wie ausgeschlossen. — Recht zufrieden können die Unternehmer sein, welche den sogenannten Steinschlag herstellen. Geradezu Erstaunen erregte es, daß die Eisenbahnbetriebsinspektionen Magdeburg und Rattowitz insgesamt 380 000 Löhnen Stein Schlag (gleich 38 000 Eisenbahnwaggons) zur Ausschreibung brachten. Das war im richtigen Sinne des Wortes eine Massenvergebung, wie sie der deutschen Steinindustrie nur selten winkt. — In den Tuff- und Lavasteinbrüchen war der Geschäftsgang nach der allgemeinen Bauarbeiterausperrung wieder normal, eine gewisse Mattigkeit zeigte der Stand der Konjunktur in der Schieferindustrie. Schiefer wird in Zukunft als Bedachungsmaterial gegenüber dem Dachziegel einen schweren Stand haben. Die herrschende Geschmacksrichtung bevorzugt leichteres Material. — Die Marmorindustrie war ebenfalls nur leidlich beschäftigt, insbesondere soweit bessere Innenarbeiten in Frage kamen. In der Möbelbranche dagegen wurde frisch drauflos produziert, und die Lösung der Fabrikanten war, es muß abgesetzt werden um jeden Preis. Und das ergibt die überaus traurige Tatsache, daß die Schmutzkonkurrenz in der Mattenbearbeitung beinahe unerträglich für die Arbeiter ist.

Durch die Bauarbeiterausperrung wurden auch 477 Kollegen, meistens Sandsteinarbeiter betroffen. Der Verband hatte für die Ausgesperrten 15 873 Mk. aufzubringen. In einigen Orten waren die Kollegen bemüht, die schon vorher vorhandene allgemeine Arbeitslosigkeit auf das Konto der Aussperrung zu buchen. Von der Aussperrung wurden am meisten die Gaue VI, IX und XI erfaßt. Wir haben im „Steinarbeiter“ über die gewaltige Aussperrung, welche das deutsche Baugewerbe betraf, eingehend berichtet und können somit heute eine detaillierte Würdigung derselben unterlassen.

In taktischer Beziehung hat uns dieses Jahr eine Unmenge praktischer Erfahrungen gebracht; daß die leitenden Personen davon umfangreichen Gebrauch bei den zukünftigen Aktionen machen werden, ist selbstverständlich. Es sind eine Reihe von Lohnbewegungen von einigen Mitgliedschaften inangestimmt worden, die in taktischer Beziehung das Präzidat „Unüberlegt“ verdienen.

In einigen Zahlstellen will man immer noch nicht auf die Intention der leitenden Personen den genügenden Wert legen. Bei Lohnbewegungen wollen sich die Kollegen als Strategen zeigen, und so wird ohne viel Federlesens zu machen für die Streikbeschließung Stimmung erzeugt. Ist der Streik unter ungünstigen geschäftlichen Verhältnissen perfekt, so ist ein Abbruch nicht so leicht. Hat der Kampf 6 Wochen gedauert, so wäre das Abbrechen Anfang nach Anschauung der Oppositionsführer und wird endlich nach etwa 10wöchiger Dauer Schluß gemacht, dann heißt der Refrain, ein 14tägiges Aushalten hätte noch genügt, um den Sieg zu erringen. Infolgedessen hat die Verbandsleitung ja meist Schuld, wenn ein Streik ungünstig verläuft. Beim Streikbeschluß und Abbruch darf man sich nicht von Sentimentalitäten leiten lassen, nur die kühle nüchterne Berechnung des Erfolges kann maßgebend sein. Besonders wenn ein aussichtsloser Kampf beendet werden soll, dann lassen sich unsere Kollegen sehr oft vom Gefühle leiten, man will keine Niederlage auf sich laden. Durch eine solche Taktik wird ein Teil der Mittel der Gesamtheit unnötigerweise ausgegeben und die in Frage kommenden Zahlstellen brauchen wieder eine geraume Zeit, bis daß sie sich so weit erholt haben, um erneut mit Nachdruck Lohnhöhungen durchsetzen zu können.

Gerade in der Hartsteinindustrie werden wir gewahr, daß uns langdauernde Streiks nicht die gewünschten Erfolge bringen. Das bekamte Wort Jacobys: „Das ist das Anglück der Könige, daß sie die Wahrheit nie hören wollen“, paßt auch sehr häufig für unsere Kollegen, wenn es zum Streikabbruch kommt.

Das Tarifwesen hat sich sehr günstig weiterentwickelt. Zu Jahresbeginn wurden mit dem Steinmehmeisterverband Verhandlungen gepflogen wegen Abschließung eines Normaltarifes für die Marmorindustrie. Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes nahm an der Unternehmervorlage verschiedene Ergänzungen vor und nachdem es an die Detailberatungen gehen sollte, stellte sich heraus, daß ein Teil der Prinzipale einem solchen Abschluß noch nicht geneigt war. Nun, unsere Kollegen in der Marmorbranche werden schon das ihrige tun, daß die örtlichen Tarife dementsprechend verbessert werden. Von hervorragender Bedeutung ist die Schaffung eines Landestarifes für das Königreich Sachsen. In einer Reihe von Sitzungen wurde die ursprüngliche Unternehmervorlage wesentlich umgestaltet. Der durchberatene Tarif, der allerdings arbeiterseitig noch nicht endgültig sanktioniert ist, weist gegenüber dem bekannten Dresdener Tarif eine merklige Vereinfachung auf. Die alten Verträge laufen in Sachsen meist bis zum Mai 1911, aber vom 1. 1. des kommenden Jahres ab wird vergleichsweise zur Berechnung auch die neue Vorlage herangezogen, um feststellen zu können, welche Zuschläge auf die Grundpreise erfolgen sollen. An den Landestarif sollen angeschlossen werden die Zahlstellen Leipzig, Plauen, Chemnitz, Dresden-Pirna mit dem ganzen Elbsandsteingebiet und Zwickau. Gegenüber dem bisherigen Lokaltarifwesen ist die beabsichtigte Neuerung sicherlich ein großer Fortschritt. Wir können nur wünschen, daß es beim wesentlichsten materiellen Punkt: den Zuschlägen, nicht zum Scheitern kommt.

Wer die übersichtlich gehaltenen Tabellen in der Statistik über Tarifwesen durchstöbert, wird finden, daß in einer großen Reihe von Zahlstellen Tarifabschlüsse noch nicht bestehen. Wo es einigermaßen die geschäftlichen und organisatorischen Verhältnisse gestatten, sollen im kommenden Frühjahr die Bemühungen gemacht werden, zu solchen Abschlüssen zu kommen. Wenn sich die leitenden Personen auf die Initiative der Zahlstellen verlassen, so wird eben vieles veräußt. Eine Zahlstelle, welche einen Tarifvertrag besitzt, verschwindet nur selten von der Bildfläche. Ein derartiger Vertrag darf als eiserner Reifen einer Zahlstelle angesehen werden. Wir haben heute im Verbands so viele Tarifmuster, daß es geradezu eine Zeitvergeudung ist, wenn in den kleinen Zahlstellen wiederum ganz eigenartig aufgebaute Tarife eingereicht würden. Als Steuerung bei zukünftigen Tarifabmachungen wird hinzukommen, daß die neugewonnenen Freunde, wir meinen die Hilfsarbeiter, dementsprechend bei der Formulierung der Forderungen genügend berücksichtigt werden. Auch den Forderungen der Brecher und Pflasterstein schläger muß genügend Würdigung geschenkt werden. Unser Verband, der heute erfreulicherweise eine vielseitige berufliche Zusammensetzung aufweist, muß natürlich bei der Einreichung der Lohnforderungen auf die verschiedensten Sparten Rücksicht nehmen.

Die Verschmelzung dicht aneinander liegender Zahlstellen hat die nötigen Fortschritte nicht gemacht. Das ist allerdings eine recht bedauerliche Erscheinung, weil anscheinend reine lokale Interessen denen des Gesamtverbandes voran gestellt werden. In großzügiger Weise kam seinerzeit die Verschmelzung der Zahlstellen Dresden, Pirna und Umgebung zustande. Dresden hatte etwa 34 000 Mk. lokalen Kassenbestand und Pirna annähernd 5000 Mk. Und trotz dieses gewaltigen Unterschiedes im örtlichen Vermögensbestand ging die Verschmelzung zur Zufriedenheit der Kollegen recht glatt vonstatten. Verschmelzungsbestrebungen sind im Gange im Fichtelgebirge, im Muschelkalkgebiet und in einigen kleineren Gebieten. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus.

Das Kapitel Lohnbewegungen brauchen wir bloß kurz zu erörtern, wir haben darüber im „Steinarbeiter“ laufend eingehende Berichte gebracht. Zu erwähnen sind die geführten Streiks in Wildemann, Dürheim, Balduinstein, Zwingenberg, Kupferdreh, Duisburg, Wittweiba, Böbau, Dresden, Pirna und Beucha. Die sächsischen und schlesischen Sandsteinindustriellen leisteten sich das Vergnügen einer Aussperrung, ohne dabei ihre Zwecke erreichen zu können. Bemerkenswert sind einige Tarifabschlüsse auf friedlichem Wege. Auf diese Weise wurde abgeschlossen in Kiefernfelden, Floß, Weichenstadt, Wunsiedel, Würzburg und Umgebung, Leipzig (Marmorbranche), Oberpeilau, Laufamholz, Bede, Frankfurt a. M., Breslau usw. Die ziffernmäßigen Betrachtungen über die geführten Lohnbewegungen wird natürlich der Geschäftsbericht erst aufweisen können.

Der Zentralvorstand erhielt in soweit eine andre Zusammensetzung, indem zwei Granit- und ein Marmorarbeiter in diesen Verwaltungskörper entsendet wurden. Durch diese Ergänzung hat das intellektuelle Niveau des Zentralvorstandes nicht im geringsten gelitten, und wir können hinzufügen, daß in den Sitzungen mit großer Kollegialität gearbeitet wird. Möge es auch fernzeitlich so bleiben.

Mit den Christlichen mußten wir manche Auseinandersetzung pflegen. Wir haben diese Leuten lange ignoriert, als aber ihre Angriffe zu rüpelhaft wurden, mußten wir uns öfters mit den schwarzen Gegnern beschäftigen. Aus einigen Orten der Gawe 7, 8, 10 und 11 wurde uns die Mitteilung, daß die Abstrafung den Christlichen gegenüber sehr notwendig war. Die Herren Lehner I und II, Fromm, Geiß, Oswald usw. haben wirklich nicht die geringste Legitimation, sich als Retter der Steinarbeiter aufzuspielen. Wenn die Christlichen auch fernerhin versuchen wollen, ihren Verächtlichungsfeldzug unserm Verbands gegenüber fortzusetzen, dann werden wir die nötige Antwort schon geben.

Am meisten wird es Befriedigung erwecken, daß unser Verband eine so große Mitgliederzunahme aufweisen kann, es sind in diesem Jahre etwa 4000 Mitglieder gewonnen worden. Besonders bei Beginn des 3. Quartals hat in vielen Zahlstellen eine fleißige Hausagitation eingesetzt, die uns geradezu glänzende Erfolge gebracht hat. Daraus ersehen wir, wie ungemein hoch die sogenannte Kleinarbeit angeschlagen werden muß. Es sei besonders denen herzlichst gedankt, die an freien Sonntagen unverdriehlich von Hütte zu Hütte wanderten und die Ideen der gewerkschaftlichen Organisationen verbreiteten. Dank und Anerkennung den Zahlstellenfunktionären, die mit großem Fleiß die Verwaltungsarbeiten erledigten. Und wenn in den kommenden Wochen die Neuwahlen vorgenommen werden, dann haben die Mitglieder auch die Verpflichtung, ihren Funktionären diese Anerkennung nicht zu versagen. Nichts ist peinlicher, als wenn in den Generalversammlungen die „Allerweltsbessermacher“ ihr Sprüchlein vernehmen lassen, das Steckenpferd der Kritik reiten, aber sich selbst von allen Arbeiten, die Mühe und Ausdauer erforderten, drücken.

Das neue Jahr steht schon pochend vor der Tür. Es wird ein Kampfsjahr werden, die Reichstagswahlen hatten ihrer Erledigung. Regierung und bürgerliche Parteien wissen, daß ihre Konten große Schuldposten aufweisen. Wir nennen bloß die durch Zentrumsnaben herbeigeführte „Finanzreform“, dann ist auf die Reichsversicherungsreform hinzuweisen, die den Ansprüchen der Arbeiter nicht genügt. Das Arbeitskammergesetz wird nach den Wünschen der Industriellen umgedeutelt, und als besondere Zugabe will der Reichskanzler einen verschärften Schutz der Arbeitswilligen geistlich festlegen lassen. Mit andern Worten, für die Streikenden soll das Gesetz in drakonischer Weise Auslegung finden, die Macht der Gewerkschaften soll eingedämmt werden. Fürwahr, nette Perspektiven für die Zukunft.

Unsere Berufsorganisation wird im kommenden Jahr manchen Sturm überstehen müssen. Gegenwärtig tobt noch in ungeschwächter Form der gewaltige Kampf im Odenwald, und daß auch sonst im Verband ein reges Leben pulsiert, das zeigt uns die Rubrik: Streiks und Sperren. Wir müssen schon betonen, daß es taktisch nicht richtig ist, wenn im Winter so viele Lohnbewegungen durchgeführt werden. Hätten wir 10—15 Grad Kälte und 30 Zentimeter tiefen Schnee, die Unternehmer würden sich bei unsern Operationen schalkhaft die Hände reiben. Die jegliche milde Bitterung kann stündlich umschlagen und die von den Zahlstellen eingeleiteten Aktionen wären ein Schlag ins Wasser. Auf den Tagungen des Steinmetzmeisterverbandes wird stets darauf hingewiesen, die Streikfahnen bei den Behörden durchzubringen und genannter Verband hat in dieser Beziehung auch schon dementsprechende Erfolge buchen können. Je mehr wir mit dem Verband in die Steinbruchgebiete eindringen, um so schärfer muß der Kampf für die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze, besonders der Bundesratsverordnung, geführt werden. Die Hauptaufgabe wird natürlich auf dem Gebiete der Lohnbewegungen zu lösen sein. Und daß in dieser Beziehung der Steinarbeiterverband seine Pflicht hervorragend erfüllen wird, dafür bürgt schon die bisherige Kampfesära. Wir wollen im kommenden Jahr bei allen Aktionen gemeinschaftlich handeln, zwischen Mitgliedschaft und den verantwortungsvollen Funktionären darf keine Differenz bestehen, dann sind wir jederzeit in der Lage, die Unternehmernisse abzuwehren zu können.

### Steinbruchsbesitzer als Erpresser.

Ein geradezu unerhörtes Vorgehen erlaubten sich einige Steinbruchsbesitzer in der Meißener Gegend. Sie ließen unter den Arbeitern eine Petition zirkulieren, welche für einen hohen Zoll auf schwedische Pflastersteine plädiert. Die Kollegen verweigerten nun die Unterschrift. Darauf kam der Befehl: „Wer nicht unterschreibt, wird sofort entlassen!“

Also auf diese famose Art und Weise versuchen die Granitwerksbesitzer ihre Petition durchzubringen. Daß eine solche bewußte Irreführung den Reichsbehörden gegenüberschleunigt aufgedeckt wird, da wird unserselbst sofort Sorge getragen werden. Das Vorgehen der Unternehmer ist eine glatte Erpressung. § 253 des Strafgesetzbuches lautet: „Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung nicht unter einem Monat zu bestrafen. — Der Versuch ist strafbar.“

Wir wollen sehen, ob sich die zuständige Staatsanwaltschaft die Herren Granitindustriellen in der Meißener Gegend etwas näher ansieht. Die Unternehmer wollen durch die Petition Vermögensvorteile einheimen, und da erpreßt man sogar, als wirtschaftlich stärkerer Teil, den Arbeitern die Unterschrift ab. Wer eben nicht unterschreibt, der wird entlassen; so wird den Kollegen die Weisung erteilt. Diesem brutalen Vorgehen gegenüber muß aber ein ganz gewaltiger Kiesel vorgeschoben werden. Der schleppende Geschäftsgang im Winter wird benutzt, um ein solch drakonisches Vorgehen sich leisten zu können. Sitte, Moral und freie Meinung des Arbeiters scheint einigen Meißener Unternehmern ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Wenn die Unternehmer für hohe Zollsätze auf schwedische Pflastersteine himmelstürzen, so ist das ihre Sache, aber die Erpressungsversuche den Steinarbeitern gegenüber verbitten wir uns.

Ueber die Zollfrage selbst schreibt im „Steinbildhauer“ (siehe Nr. 30) ein Unternehmer: „Daß mit diesem Zoll den deutschen Granitbrüchen geholfen ist oder geholfen wird, ist zu bezweifeln. Nehmen wir z. B. Dresden. — Obwohl im Herzen Deutschlands und nur wenige Kilometer von den leistungsfähigsten Granitbrüchen im Reiche entfernt liegend, sieht man doch große Flächen der Stadt mit Sementsteinen und Kalkhaltige gepflastert, sieht man die Häuserhöfen und Hauptstraßen in Galle. Und was in Dresden, wo die Besitzer der in Betracht kommenden Granitbrüche ihre Steuern bezahlen, nicht erreichbar ist, will man an der Ostseeküste erreichen.“

Traurige Bestimmung der Latzaffen. Man bekämpft das echte Material zugunsten der Surrogate. Welches Geschrei würde sich erheben, wenn in Dresden auch nur eine einzige Straße mit ausländischem Granit gepflastert würde.“

Jene Einordnung trifft in der Zollfrage das richtige. Gewiß, die Stadt Dresden könnte ihr notwendiges Pflastersteinmaterial aus Demits, Tsumits, Meissen, Aue, Deusch, Burzen, Döbbs, Sebnitz usw. beziehen. Aber trotzdem legt die Stadt sehr viel Kunstpfaster an; warum protestieren in dieser Beziehung die Meißener Unternehmer nicht?

Ein Zollsatz für schwedische Pflastersteine schädigt die Städte Bremen, Hamburg, Kiel, Rostock, Greifswald, Stralsund, Stettin, Danzig, Königsberg usw. ungemein. Das haben nun auch einige Granitindustriellen im Süden Deutschlands eingesehen, sie erklären sich nämlich damit einverstanden, wenn den Nord- und Ostseestädten ein gewisses Quantum zollfrei belassen wird. Als kürzlich die Arbeiten zu dem Nord-Ostsekanal vergeben wurden, schrieben wir in der Nr. 47 des „Steinmetzmeister“: „Die Zuschlagserteilung, wie sie nun erfolgt ist, hat die Unternehmer stark verärgert; wir finden es begreiflich. Und nun tuten die Herren ins Horn und verlangen sofort höhere Zollsätze bei der Einföhrung von ausländischen Werkssteinen. So weit können wir natürlich nicht gehen. Warum, das sehen wir schon auseinander. Wenn der Steinmetzmeisterverband die Formel bei den Behörden durchdrücken kann, daß bei allen Staatsbauten die Werksteine im Inlande angefertigt werden müssen, so findet er dabei unsere Unterstützung.“

Ein Teil der Steinindustriellen schreit, wie gesagt, nach hohen Zollsätzen; die Granitwerksteinebesitzer wiederum erheben das Selbstgeschrei, daß die Hohlblöde des schwarzen schwedischen Granits in Deutschland zollfrei eingeföhrt werden sollen. In dieser Richtung bewegt sich eine Eingabe der oberfränkischen Handelskammer an die bayerische Regierung. Aus der Eingabe zitieren wir:

Die oberfränkischen Steinschleifereien sind, wie die deutschen Steinschleifereien überhaupt, größtenteils auf den Bezug schwedischer Materials angewiesen, weil sich in Deutschland Granit und Sperrit in solchen Massen und in solchem Farbenreichtum wie in Schweden nicht vorfindet. Wenn wirklich die hoffernten Rohsteine verzollt werden müssen, dann muß den Zollsatz teilweise die Steinarbeiterschaft und das laufende Publikum tragen.

Die deutsche Werksteinindustrie kann ohne höheren Zoll genügend geschützt werden, wenn die Reichsbehörden nach der von uns vorgeschlagenen Formel handeln. Das Vorstehende galt gegenüber den Wünschen, hohe Zollsätze für ausländische Werk- und Hohlsteine zu erlangen. In den Nummern 12, 13 und 14 präzisieren wir unsern Standpunkt zur Pflastersteinzollfrage und führten im Schlußartikel aus:

„Die deutschen Steinindustriellen mügen für ihr Pflastersteinmaterial mehr Propaganda machen, und insbesondere Qualitätsware liefern. Es hat seinerzeit großes Befremden erregt, daß die Stadt Karlsruhe für etwa 80 000 M. Pflastersteine aus Schweden bezog. Auch uns hat dieses gewundert. Wir haben aber Erkundigung eingezogen, und da ergab sich, daß das deutsche Material, welches zuvor angeliefert wurde, äußerst schlampig gearbeitet war. Bei der Sortierung gab es viel Ausschußsteine, und die Bauverwaltung war über diese Lieferung äußerst ungehalten. Die betreffenden deutschen Interessenten haben aber über die schlechte Gesteinslieferung in der Presse kein Wort gesagt, desto mehr wurde über die schwedische Konkurrenz geschimpft, auch die Stadtverwaltung in Karlsruhe wurde wegen ihres „unpatriotischen“ Verhaltens mächtig herabgesetzt.“

Wenn wirklich ein Pflastersteinzoll auf schwedisches Gesteinsmaterial gelegt werden sollte, vor 1911 ist dies überhaupt nicht möglich, dann werden in zwei bis drei Jahren die Unternehmer der deutschen Hartsteinindustrie auf die große Konkurrenz untereinander verwiesen. Die Pflastersteinarbeiter sind dann wiederum die Geprüllten. Die schwedische Regierung wird sich mit Leichtfertigkeit rewanchieren, sie legt eben auf deutsche Einfuhrwaren höhere Zölle. Die deutschen Eisenwerke müssen aus Schweden die Eisenerze beziehen. Im Jahre 1908 gingen für 53 Millionen Mark Erze aus Schweden bei uns ein, und nun ist es erklärlich, daß die Schweden sagen: „Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden.“ Die Folge ist, Schweden legt hohe Ausfuhrzölle für Roheisen fest, und wenn die deutschen Eisenwerke konkurrenzfähig sein wollen, dann müssen die Arbeitslöhne um die aufgestellten Zollsätze gekürzt werden.

Bei Zollfragen kann eben das rein Berufliche nicht immer in den Vordergrund gestellt werden, es sind die gesamten wirtschaftlichen Faktoren dabei zu erwägen, und aus diesem Grunde halten wir Zollsätze auf schwedische Gesteinsmaterialien für schädlich.“

So, nun haben unsere Leser nochmals eine kurze Darstellung über unsere prinzipielle Meinung zum Pflastersteinzoll.

Die Steinbruchbesitzer in Meissen werden aber mit ihrem Erpressungsmanöver keinen großen Erfolg haben. Jeder anständige Mensch wird ihr Verhalten scharflich mißbilligen. Petitionsuntersreibungen unter der Devise: „Wer nicht mitmacht, wird entlassen“, das ist eine nette Erscheinung im wirtschaftlichen Leben.

### Der Bauarbeiterverband.

Am 1. Januar 1911 werden die zwei größten Arbeiterorganisationen des Baugewerbes, die Maurer und Bauhilfsarbeiter, ihre jetzige Tätigkeit abschließen und sich zu einer neuen Organisation: dem Deutschen Bauarbeiterverband vereinigen. Diese Tatsache ist so bedeutungsvoll, daß es sich wohl rechtfertigt, hier kurz die Gründe und die Vorgeschichte dieser Verschmelzung darzulegen; denn mit der Verschmelzung verlassen die beiden Verbände den Boden der reinen Berufsorganisation und legen den Grundstein zu einem großen Industrieverband aller Arbeiter des Baugewerbes, wie er in ähnlicher Form bereits für die Arbeiter der Metall- und Holzbranche sowie für die Transportarbeiter besteht.

Der Drang zur Verschmelzung war bei einem Teil der baugewerblichen Arbeiterschaft schon lange vorhanden, ja die Bauhilfsarbeiter liegen seit Jahren auf ihren Verbandstagen Resolutionen beschließen, in denen die Notwendigkeit der Verschmelzung beider Organisationen bargelegt und der Zusammenschluß gefordert wurde. Die Maurer dagegen standen der Verschmelzung in ihrer Gesamtheit noch bis vor wenigen Jahren ablehnend gegenüber. Diese verschiedene Stellungnahme der beiden Organisationen hatte ihre gewichtigen Gründe. Die Organisation der Bauhilfsarbeiter wurde als die jüngere und schwächere von beiden durch die Organisationsstätigkeit der Maurer, insbesondere bei der Proklamierung von Streiks und Sperren, oft sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauhilfsarbeiter sind bei ihrer Arbeit auf die Maurer fast völlig angewiesen. Stellten die Maurer irgendwo die Arbeit ein, so wurden auch die Bauhilfsarbeiter arbeitslos, ganz gleich, ob sie Forderungen gestellt hatten oder nicht. Schon aus diesem Grunde war es begreiflich, daß die Bauhilfsarbeiter auf die Entschließungen der Maurer, durch die ihnen unter Umständen große Ausgaben und Opfer erwachsen, einen Einfluß zu gewinnen suchten. Einen wirkungsvollen Einfluß konnten sie aber nur erlangen, wenn sie mit den Maurern in einer Organisation vereinigt waren. Andererseits sahen die Bauhilfsarbeiter auch ein, daß ihre Organisation zur Erreichung von Erfolgen in vielen Orten zu schwach war, so daß zur Durchsetzung ihrer Forderungen die solidarische

Hilfe der Maurer unerläßlich war, zumal ja ungelernete Arbeiter bei Streiks und Sperren viel leichter durch Streikbrecher zu ersetzen sind, als dies bei den gelernten Arbeitern der Fall ist. Die Bauhilfsarbeiter hatten also schon seit dem Bestehen ihrer Organisation die allertriffigsten materiellen Gründe, die Verschmelzung mit den Maurern anzustreben.

Anderes war es bei den Maurern. Für sie lagen triftige materielle Gründe für die Verschmelzung lange Jahre gar nicht vor. Sie hätten bei einem Zusammenschluß nichts gewinnen, sondern nur verlieren können; denn sie hatten eine geistige Organisation, die in zahlreichen Kämpfen aus eigener Kraft schöne Erfolge errungen hatte. Bei einer Verschmelzung hätten sie zum Teil mit ihren Mitteln die Agitation unter den Bauhilfsarbeitern betreiben und deren Kämpfe bezahlen müssen, und es wäre sehr zweifelhaft gewesen, ob dies zur schnelleren Organisierung der Bauhilfsarbeiter und zur Stärkung ihrer Macht beigetragen hätte. Die Maurer sagten sich, daß sich das, was sich im Klassenkampf bewähren sollte, möglichst aus eigener Kraft entwickeln müsse. Deshalb hielten sie eine reine Berufsorganisation so lange für zweckmäßiger, als nicht die Bauhilfsarbeiter ihre Organisation aus eigener Kraft zu bedeutender Macht gebracht hätten, und — so lange nicht andere, in der Entwicklung begriffene Verhältnisse den Zusammenschluß auch für die Maurer notwendig bebingten. Grundsätzlich erklärten sich also die Maurer nie gegen die Verschmelzung; aber sie hielten es für gut, damit zu warten, bis die Verhältnisse reif dazu waren.

Dieser Zustand trat ein, als die Bauunternehmer infolge des steigenden Vordringens der Arbeiterorganisationen zu einer außerordentlichen Stärkung und zu einer wirkungsvollen Zentralisierung ihrer Organisation übergingen, als sie die Arbeiter der drei Hauptbauberufe als Einheit betrachteten und sie gleichzeitig in Kämpfe verwickelten, und als sie ferner die bisher örtlich geföhrtten Kämpfe auf immer größere Gebiete und schließlich auf ganze Reich ausdehnten. Diese Entwicklung der Unternehmerorganisation und der Arbeiterkämpfe stellte die baugewerblichen Arbeiter vor eine ganz neue Situation. Ihre Organisationen konnten nicht mehr einzeln gegen die Unternehmer vorgehen, weil die Unternehmer ein solches Vorgehen sofort zum Anlaß einer allgemeinen Aussperrung der Arbeiter aller Berufe des betreffenden Ortes oder Bezirks machten, ja sogar die Aussperrung im ganzen Reiche androhten. Kämpfe, ja selbst Verhandlungen konnten also nur noch von den Organisationen der verschiedenen baugewerblichen Berufe gemeinsam geführt werden. Was lag da näher, als der gemeinsamen Organisation der Unternehmer eine gemeinsame Organisation der Arbeiter entgegenzustellen? Es ist ja doch ganz selbstverständlich, daß unter solchen Umständen die Zersplitterung der Arbeiter in mehrere Organisationen nur eine Zersplitterung der Kräfte ist. Zwar ließ sich bis dahin eine Verständigung bei den in Betracht kommenden Organisationen erreichen — wenigstens in den wichtigsten Fragen erreichen —, aber wer konnte dafür bürgen, daß es auch in Zukunft so bleibt? Bestand nicht vielmehr die Gefahr, daß eine Organisation durch ihr besonderes Vorgehen die anderen Organisationen wider Willen in schwere und aussichtslose Kämpfe stürzte? Auf jeden Fall ist es besser, wenn Beschlüsse, deren Folgen von den Angehörigen aller Organisationen gemeinsam getragen werden müssen, auch gemeinsam gefaßt werden. Und das können sie bei zentralen Kämpfen nur in einer gemeinsamen Organisation.

Drängte also schon die Entwicklung der Arbeiterorganisation und der Arbeitskämpfe im Baugewerbe die Arbeiter zum Zusammenschluß, so ist dies bei der Entwicklung des Betonbaues nicht weniger der Fall. Durch diese Entwicklung wurde in wenigen Jahren eine völlig neue Arbeitergruppe geschaffen, die sich aus Angehörigen der verschiedensten Organisationen zusammensetzt. Alle diese Arbeiter (Gießarbeiter, Zementierer, Einschaler usw.) sind nicht nur bei der Arbeit vollständig aufeinander angewiesen, sondern sie können auch nur als ein zusammenhängendes Ganzes Lohnbewegungen führen. Für sie ist die Zersplitterung in mehrere Organisationen geradezu ein Unglück, ganz abgesehen davon, daß diese Zersplitterung auch zu Grenzreitigkeiten und ähnlichen Zerrwürnissen zwischen den einzelnen Organisationen führt. Durch die Verschmelzung der in Betracht kommenden Organisationen werden alle diese Schwierigkeiten auf die einfachste Weise gelöst: alle Arbeiter der Betonbranche können als besondere Sektionen der gemeinsamen Organisation angeschlossen werden; sie können, so wie sie ihre Arbeit gemeinsam leisten, auch gemeinschaftlich ihre Lohnbewegungen führen und ihre Organisationsstätigkeit vollbringen.

Aber außer diesen beiden Hauptpunkten bringt die Verschmelzung noch eine Reihe weiterer Vorteile mit sich, so insbesondere Ersparnisse an Geld und Arbeit bei der Agitation, bei der Herstellung, dem Versand und der Verbreitung der Fachorgane, Protokolle und Druckschriften, bei der Verwaltung usw.

Alle diese Tatsachen führten dazu, daß sich auch die Maurer immer mehr mit der Verschmelzung befreundeten, und als im Jahre 1908 auf dem Verbandstag in Hannover ohne Diskussion eine prinzipielle Abstimmung über die Verschmelzung vorgenommen wurde, da ergab sich die überraschende Tatsache, daß 220 Delegierte für und nur 23 gegen die Verschmelzung stimmten. Infolge dieses Beschlusses wurde der Vorstand beauftragt, die Gründung eines Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Diesem Auftrag kam der Vorstand des Maurerverbandes nach. In mehreren Sitzungen mit dem Vorstand des Bauhilfsarbeiterverbandes wurde ein Arbeitsplan für die Verschmelzung festgelegt und ein Statutenentwurf ausgearbeitet. Die im Februar in Leipzig stattgefundenen Verbandstage beider Organisationen stimmten dann der Verschmelzung endgültig zu, und zwar die Maurer mit 242 gegen 23 und die Bauhilfsarbeiter mit 100 gegen 3 Stimmen. Der im Anschluß daran stattgefundenen gemeinsamen Verbandstag konstituierte die neue Organisation und gab ihr in einem ausführlichen Statut Gesetz und Verfassung, und in den letzten Wochen wurden überall im Reiche die Gawe und Zweigvereine konstituiert. Im großen und ganzen ging das alles glatt vor sich, wenn auch an einzelnen Orten Differenzen nicht zu vermeiden waren. Zurzeit ist man im ganzen Lande mit der Umschreibung der Bücher beschäftigt. Nur die Mitglieder der beiden Verbände, die in den alten Organisationen ihre Pflicht bis zum letzten Rest erfüllt haben, können unter Anrechnung der alten Mitgliedschaft ein Buch des neuen Verbandes erhalten. Der bis zum Schluß des zweiten Quartals 1911 etwaige Schulden in den alten Organisationen nicht bezahlt und den Uebertritt nicht vollzogen hat, geht aller seiner Rechte an die Organisation verlustig und kann nur als neues Mitglied in den neuen Verband aufgenommen werden.

Mit der Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist aber die Konzentration der baugewerblichen Arbeiter noch nicht zu Ende. Gleichfalls am 1. Januar 1911 werden nach einem Beschluß ihres Verbandstages die 350 Flößer und Steinhölzler ihren Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband vollziehen. Auch die Dachdecker haben auf ihrem Verbandstag im Sommer dieses Jahres den Anschluß an den Bauarbeiterverband beschlossen und die Statutenreife hatten bereits früher im Prinzip für die Verschmelzung gestimmt. Wann die letzten beiden Organisationen ihren Anschluß an den Bauarbeiterverband vollziehen werden, läßt sich zurzeit noch nicht sagen; allzu lange dürfte es wahrscheinlich nicht mehr dauern.

Einen von den andern baugewerblichen Arbeitern abweichenden Standpunkt nehmen bis heute die Zimmerer ein, die in ihrer Gesamtheit der Verschmelzung ablehnend gegenüberstehen.



zu: geht den Agenten, die kommen, die richtige Antwort und meidet den Oberwald!

**Miltenberg.** Hier fand am 13. Dezember eine Bezirksversammlung der Kollegen von der Firma Zeller der Betriebe Eisenbühl, Bürgstadt, Amorbach und Miltenberg statt, um zur Nichtanerkennung des Muschelkalksteintarifs Stellung zu nehmen. In den Betrieben wurde in den früheren Jahren nur roter Sandstein verarbeitet, in neuerer Zeit jedoch vorwiegend Muschelkalkstein aus den Brüchen von Höpfigen und Breyingen. Kollege Lohse berichtete über die Schritte, die er in der Sache bisher unternommen habe. Da die Firma mit nichtsagendem Bescheide antwortete, muß neu zu dieser Angelegenheit Stellung genommen werden. Aus der Versammlung heraus wurde eine Kommission gewählt, die erneut mit dem Firmeninhaber verhandeln soll. Aber auch dieser Kommission wurde nach längerer Verhandlung der Bescheid, die Firma vertrete die Auffassung, der Tarif gelte nur für das engere Muschelkalksteingebiet. Ein beträchtlicher Teil der Kollegen vertrat nur die Meinung, die Arbeit sofort einzustellen. Kollege Lohse und die Kommissionsmitglieder waren der Ansicht, erneut mit dem Unternehmerverband in Verbindung zu treten, damit derselbe als Tarifkontrahent veranlasse, daß seine Mitglieder auch den Tarif strengstens einhalten. Sollte nun auch der Unternehmerverband versagen, wird die Kollegenschaft dann endgültig nochmals zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Bis auf weiteres werden die Betriebe gesperrt.

**Mücheln.** Unsere Versammlung vom 17. Dezember war gut besucht. Kollege Hugo Walther entwickelte in gut durchdachter Rede die Ziele des Deutschen Steinarbeiterverbandes. Seine Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. In der Zahlstelle Alleben geht es wieder rüstig vorwärts. Es ist aber auch höchste Zeit, daß sich die Kollegen wieder auf ihre Pflicht besinnen. Hier wird meistens Mosaikflaster angefertigt. Die Löhne sind äußerst gering, eine Aufbesserung ist dringend nötig. Am 18. Dezember tagte in Pölkau eine Versammlung, die ebenfalls gut besucht war. Es ist sehr erfreulich, daß unter den Kollegen eine solche Begeisterung für den Verband herrscht. In dieser schwierigen Zeit tut der Zusammenhalt doppelt not. Wenn der Eifer für den Verband anhält, dann werden wir baldigst greifbare Vorteile einheimen können.

**Neustadt a. d. Saardt.** Die am 4. Dezember stattgefundene Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Man merkt eben, daß der Winter da ist, wo halt Schmalhans Küchenmeister wird. Aus dem Betriebe Christ wurde berichtet, daß da noch immer Geldmangel herrscht. Hatten wir geglaubt, daß die Kritik im „Steinarbeiter“ eine Besserung herbeiführen würde, so ist das nicht der Fall. Der Unternehmer Christ meinte nur, warum wir nicht den Unternehmer Klein in die Zeitung gesetzt hätten. Nun, wir wollen es hier nachholen; auch beim Unternehmer Klein warten die Kollegen schon fünf Wochen auf ihr Geld. Wir meinen, wenn ein Unternehmer seine Arbeiter am Lohnstage nicht auszahlen kann, so soll er lieber aufhören. Bei Schmitt und Gagner mußten vier Kollegen klagbar vorgehen, damit sie zu ihrem Gelde kämen. Wir raten deshalb den zureisenden Kollegen, daß sie sich bei der Zahlstelle erst erkundigen, wo sie in Arbeit treten können.

**Obersteina.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 4. Dezember in Friedrichs Gasthofe statt, welche jedoch schlecht besucht war. Beim ersten Punkt wurden die Statuten erörtert. Dazu gab der Vorsitzende die nötige Erklärung. Ueber die Organisation der Christlichen sprach ebenfalls der Vorsitzende. Vom christlichen Verband wurde erwähnt, daß in Bayern und Rheinland die Führer zum großen Teil aus Zentrumabgeordneten bestehen. Es ist lächerlich, wenn Oswald sagt, sein Verband sei neutral. Wir lassen uns auch von Herrn Wegner nicht einfangen, der mag zuvor die Nase in die Steinbrüche stecken. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1910 wurde verlesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde angeregt, daß Kollege Max Hartmann aufgefordert werden soll, sich zu entscheiden, ob er weiter im Verbandsbleiben will oder nicht. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Edwin Kente gewählt. Die Kollegen werden hierdurch aufgefordert, gelesene Exemplare des „Steinarbeiter“ an nicht organisierte Kollegen weiter zu geben. Als Referent für die nächste Versammlung soll Kollege Staudinger gewonnen werden.

**Würzburg.** Jeder Anlaß — ob er geeignet ist oder nicht — wird vom schwarzen Organ des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes benützt, um unsern Verband, seine Mitglieder und unsere Funktionäre zu verleumben. Es scheint, daß das Lügen und Verleumben zur Haupttätigkeit eines christlichen Gewerkschaftsangeestellten und Agitators gehört. Aller Wahrscheinlichkeit nach muß jeder christliche Gewerkschaftsangeordnete, bevor er zu Amt und Würden erhoben wird, ein Examen im Verleumben und Verleunden — nach Münchens-Grabbacher Art — durchmachen. Jede Nummer der christlichen Presse liefert fortgesetzt den Beweis dieser Annahme. Hervorragendes im Verleunden leistet das schwarze Blättchen des oben genannten Verbandes. Eine neue Probe sei unsern Mitgliedern mitgeteilt. In der Nr. 50 wird unter der kindischen Ueberschrift: „O, bleib bei mir und geh nicht fort“ folgendes geschrieben: „Kam da der sozialdemokratische Gauleiter Lohse nach Mondfeld geradelt und wollte den dortigen Steinarbeitern ein Meisterstück vor-machen, wie man Werkstücke berechnet. Er brachte dabei den doppelten Betrag heraus von dem, der in Wirklichkeit bezahlt wurde. Die Kollegen wurden darüber stutzig und meinten, daß wäre doch auf einmal zu hoch gegriffen. Sie sagten: der Lüg, der will uns nur damit zu seiner Fahne bringen. — Wir raten der roten Steinarbeiterzentrale, für ihre Gauleiter einen Kursus für Berechnung der Werkstücke einzurichten, sonst kann es wieder passieren, daß die christlichen Beamten von der Sache mehr verstehen. Das rote Einmaleins, nach welchem Lohse die Berechnung in Mondfeld vorgenommen hat, muß für diese Werkstücke nicht gepakt haben. — Das kommt wohl alles von den vielen Kenntnissen der sozialdemokratischen Gauleiter?“

Wie verhält sich nun die Geschichte? Am Tage nach einer Versammlung in Mondfeld suchte Lohse die Werkplätze auf und erkundigte sich nach den Arbeitslöhnen der einzelnen Werkstücke. Ein Kollege fertigte ein mehrfach verkröpftes Gefirniskübel an und bat, dasselbe nach irgendeinem Tarif eines ähnlichen Steinbruchgebietes zu berechnen. Der Muschelkalktarif wurde angewandt und das Glied pro laufenden Meter zu 20 oder 25 Pfg. — genau kann der Satz nicht mehr bestimmt werden —, die sauber scharrierte Fläche zu 3 Mk. und die Fugen zu 1.50 Mk. pro Quadratmeter berechnet. Das Steinmaterial gleicht in seiner Härte dem Dünzlauer Stein, jedoch ist es infolge seiner Feinkörnigkeit noch etwas schlechter zu bearbeiten als genannte Steinart. Jeder Fachkennner muß ohne weiteres sagen, daß die Berechnung keinesfalls allzu hoch gegriffen war. Gewiß, es mag zugegeben sein, daß diese Berechnung den Korpyphäen von der Zentrumsgewerkschaft mit ihren hervorragenden Fachkenntnissen in der Glas- und Porzellanbranche nicht begreiflich ist. Den Kollegen des Platzes wurde bei der Berechnung zum wiederholten Male gesagt: „Die Geschichte hat momentan keinen praktischen Wert und ist nur provisorischer Art.“ Allen war das klar, nur ein christlich organisierter Kollege hat Anstoß daran genommen, der dann seinem Bezirksleiter Bericht erstattet hat. Bemerkenswert sei, daß die Löhne im Maintal besonders niedrige in den letzten Jahren waren. 2.20 bis 2.80 Mk. pro Tag waren Durchschnittsverdienste für die sehr tüchtigen Steinarbeiter. Berücksichtigt sei, daß die Unternehmer die Arbeit nach Kubikmeter berechnen und es ganz gleich ist, ob an einem Werkstück mehr oder weniger Arbeit ist. Als eine niedrige Kampfweise muß es bezeichnet werden, wenn man solche Vorgänge benutzt, um zu verleunden. Es scheint, den christlichen Führern fehlt es an dem nötigen

Agitationsmaterial, und so greift man zu den plumpsten Mitteln. Da wir aber genötigt waren, uns mit diesen Leuten zu beschäftigen, sei noch ein Fall erwähnt, der sich in Mondfeld abgespielt hat und auf die einzelnen Führer des Zentrumverbandes ein eigenartiges Licht wirft. Der Kollege Lohse trat nach Schluß einer christlichen Versammlung an den Tisch, an dem der Bezirksleiter Schedel-Würzburg saß, um einige Worte mit ihm zu wechseln. Bei diesem Anlaß erklärte derselbe: Bei einer eventuellen Lohnbewegung im Würzburger Bezirk würden sie, wenn Mitglieder von ihnen in Frage kämen, unsern Verband auf seine Leistungsfähigkeit hin prüfen. Also mit andern Worten: Sie markieren den wilden Mann, benehmen sich radikal, um uns in gefährliche Situation zu drängen. Die wirkliche Verbesserung der Arbeiterverhältnisse scheint ihnen Nebenache zu sein, nur beabsichtigt man unsern Verband zu schwächen. Die Offenheit dieses schwarzen Führers ist noch das Gute an der Sache. Der christliche Verband soll bei uns auf Granit bleiben, wir lassen uns absolut nicht beirren. Wir marschieren im Maintal, trotz der entgegengesetzten Berichte des Schwarzblättchens. Alle Lügen- und Verleumdungsberichte des christlichen Gewerkschaftes prallen an uns ab. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die einer solchen Gesellschaft nachlaufen.

**An die Zahlstellenkassierer!**  
Es wird dringendst ersucht, daß die Abrechnungen über das IV. Quartal unverzüglich eingesandt werden. Je schneller diese Einsendung erfolgt, desto eher kann in der Hauptkasse die Jahresabrechnung für die Zahlstellen fertiggestellt werden. Die Kassierer müssen ferner bemüht sein, daß die Konten möglichst reguliert werden, denn es zeugt von keiner großen Ordnungsliebe, wenn sich beim Uebertrag immer Reste ergeben. Also, Kassierer, haltet besonders beim Jahresschluß die gewünschte Pünktlichkeit ein.

**Rundschau.**  
Zwanzig unorganisierte Steinmengen sucht Herr Bürger in Baumholder. Es wird natürlich kein Kollege so naiv sein und sich von B. das Koalitionsrecht nehmen lassen. Der Ingenieur Bürger mag nun selbst umsatteln und sich als Steinmengen ausbilden lassen.  
Sonderbare Differenz. Zum Amtsgerichtsneubau in Gms wurden die Sandsteinarbeiten vergeben. Folgende Offerten gingen ein:

Sehr auffallend wirken die Preisangebote der Herren Kahn und Achter.

Kahn, Kaiserslautern	3211.33 Mk.
Balzer, Gms	3459.99 "
Balzer, Gms	4101.18 "
Arnold Söhne, Reichenhausen a. M.	3875.85 "
A. Keller-Wungenast, Köln	3905.82 "
Michel Pides, Köln	3993.44 "
A. Arnold, Reichenhausen a. M.	4046.26 "
F. Zeller, Miltenberg	4212.16 "
H. Höfler III, Stadoldendorf	4352.95 "
Ch. Achter, Gms	5062.01 "

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden, in der Neuen Philharmonie, Köpplerstraße 96/97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitsgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindrucksvollen Kundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitsgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Missetänden der Heimarbeit gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Heimarbeiter aus allen Berufen und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Heimarbeit aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen. Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Professor Dr. Ernst Brande-Berlin steht und dem ferner angehören Fräulein Margarete Behm und die Herren Ingenieur Bernhard Giesberts, M. d. R., Goldschmidt, Krüger, Saffenberg, Robert Schmidt, M. d. R. Das Hauptreferat hat Herr Professor Dr. Robert Hilbrandt-Lübingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Rollendörffstraße 29/30.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“ Nicht ganz mit diesem Jesusworte stimmt es überein, was über den Grundbesitz der Kirche in Ungarn bekannt wird. Unter der Frage: Wer hat in Ungarn den größten Grundbesitz? macht die „Kronstädter Zeitung“ folgende interessante Angaben. Es haben Joch Land der

Graner Erzbischof	95 983
Erlauer Erzbischof	42 397
Kalcsaer Erzbischof	87 453
Neusöhler Erzbischof	28 824
Ganader Erzbischof	12 293
Raaber Erzbischof	18 887
Kaschauer Erzbischof	9 087
Großwardeiner katholische Bischof	187 393
Großwardeiner griechische Bischof	139 657
Neutraer Bischof	16 709
Fünfkirchner Bischof	26 550
Rosenauer Bischof	7 178
Szatmarer Bischof	30 032
Stuhlweißenburger Bischof	7 656
Zipsler Bischof	26 323
Steinamangerer Bischof	7 414
Waijner Bischof	27 582
Wesprimmer Bischof	65 618
Siebenbürger katholische Bischof	11 827

Der gesamte in kirchlichen Händen befindliche Besitz beträgt jedoch 2 392 574 Joch. Ein ganz ansehnlicher Teil Ungarns! Wieder ein Beweis, daß die Kirche sich ihren „guten Magen“ bis in die Gegenwart hinein zu erhalten verstanden hat.

**Mitwirtschaft in christlichen Krankenkassen.** Die Zentrumspresse weiß bei jeder Gelegenheit von einer angeblichen Mitwirtschaft in den von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen zu schwärzen. Es war ihr aber noch nie möglich, a. B. Unterschlagungen oder dergleichen wirkliche Missetände anzuführen. Dagegen weiß man verschiedene christliche Krankenkassen, wo Unterschlagungen vorkamen. Erst kürzlich berichteten wir über die Unterschlagungen in der christlich-katholischen Kranken- und Begräbniskasse in München. Im 1. Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 17. Dezember finden wir nun folgende Meldung: Düsseldorf, 15. Dez. In drei hiesigen Innungsfrankenkassen sind Veruntreuungen in Höhe von mehreren 1000 Mk. aufgedeckt worden. Gegen die Kassiererin, die Ehefrau eines früheren Verwaltungsbeamten, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Die Innungsfrankenkassen werden nicht von Sozialdemokraten, sondern von waschechten Zentrumsmännern verwaltet und geleitet. Wo herrscht also die Mitwirtschaft?

**Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigs-hafen** am Rhein macht durch Anschlag vom 12. Dezember 1910 bekannt, daß für alle Arbeiter mit seither 10-, die Neunstundenschicht mit Wirkung vom 1. Januar 1911 bei gleichbleibendem Lohn Platz greifen soll. Für die Zwölfstundenschichtarbeiter im kontinuierlichen Betriebe bleibt vorerst die Arbeitszeit bestehen, jedoch erfolgt als teilweiser Ausgleich eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde. Es handelt sich um einen gemischten Niefenbetrieb mit circa 7000 Arbeitern, die zum großen Teil unter sehr gesundheitschädlichen Verhältnissen arbeiten. Die unausgesetzte Aufklärungsarbeit der Organisation hat ihre Früchte getragen. Hoffentlich folgt alsbald die Abschaffung der mörderischen vierundzwanzigstündigen Wechselschicht.

**Literarisches.**  
Im Reiche der Techn. Geschichten für Arbeiterkinder von H. Woldt. Verlegt bei Kaden u. Co. in Dresden. Preis 2 Mark. Das Buch wird den Kindern eine große Freude bereiten. Die Ausstattung ist elegant und noch mehr der Inhalt recht fesselnd geschrieben.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**  
Halle. Der Steinhauer Otto Fleischmann aus Schopfloch wird ersucht, die Platzkasse, die er in Garnberg mitlaufen ließ, an mich zurückzusenden. Christian Schneider, Vors.  
Hannover. Der Steinmetz Albert Leipold möge sich seines Geldes halber an den Vorsitzenden Labor in Stöcken, Reinshäuser Straße 26, wenden.  
Hemsbach. Ersuche die Kollegen Jakob Klarmann (Verb.-Nummer 17632), geboren zu Amberg, und Joh. Braun (Verb.-Nummer 17634), geboren zu Neuburg, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle Hemsbach gegenüber sofort nachzukommen. Friedrich Weidenhammer, Kassierer.  
Jena. Der Schleifer Georg Bauer (Buch-Nr. 12063), geb. am 18. September 1881 zu Weihenstadt, und der Steinmetz Philipp Göttemann (Interimskarte Nr. 25182), geboren am 5. Februar 1887 zu Uffhofen, sind beide von hier abgereist und haben ihre Verbandspapiere zurückgelassen. Die Ortsverwaltung.

**Neue Zahlstellen.**  
Sahma bei Ruppertsdorf (5. Gau). Vors.: Louis Pehold. Kass.: Louis Kelsner.  
Reimbach bei Wertheim (Baden) (11. Gau). Vors. u. Kass.: Andreas Mayer.

**Adressen-Änderungen.**  
Bochum (Westf.). Vors.: Louis Specht, Raftroper Str. 27. Kass.: Cornelius v. d. Knyp, Raftroper Straße 23.  
Langensalza. Vors.: Richard Bläß, Böhmenstraße 2, II.

**Briefkasten.**  
Hauzenberg. Wende Dich unter Darlegung der Gründe an den Gewerbeinspektor Rütth in Landshut. Sicherlich wird Abhilfe geschaffen. — M. in R. Betrachte doch den Schluppassus. Viele Grüße! — Oshensfurt. Eine nochmalige Veröffentlichung geht doch nicht mehr. — S. in S. Vielen Dank für die Zusendung der 21 Granitplättchen. Die Bearbeitung ist einfach musterfüllig. Viele Grüße an die ganze Kollegenschaft. — S. in M. In dieser Frage haben wir unsere Meinung nicht geändert. Besten Gruß! — Reimscheid. In solchen Fällen entscheiden die ärztlichen Gutachten. Beschaffe Dir ein solches, es wird Dir für später wertvolle Dienste leisten. Ziehe auch einen Arbeitersekretär zu Rate. — Kleinrinderfeld, R. Natürlich sind in genanntem Werke Sägen aufgestellt.

**Anzeigen**  
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

**Allen Verbandskollegen sowie Allen Freunden und Genossen entbieten wir unseren herzlichsten Glückwunsch zum Jahreswechsel. Zentralvorstand und Redaktion.**

**Berlin.**  
In der Zeit vom 28. bis 31. Dezember sind sämtliche Mitgliedsbücher zwecks Eintragung der neuen Ortsnummer im Verbandsbureau, Engelfer 15, I., Zimmer 7a, vorzulegen. Das Bureau ist an diesen Tagen von 8 bis 12 und von 4 bis 8 Uhr geöffnet. Jedem Buche ist die genaue Wohnungsangabe beizulegen. Wo mehrere Kollegen zusammenarbeiten, übernimmt einer die Besorgung. Einzelne Kollegen können ihr Buch nebst Rückporto (für postalistisch Groß-Berlin genügt eine 5-Pfg.-Marke) per Post einsenden. Die Ortsverwaltung.

**Ein Ersatz des Fachschulbesuches** sind d. Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Straßenbautechnik., Polier, Bautechnik.** Glanzvolle Erfolge. Dankschreiben. Ansichtsendungen. Kleine Teilzahlungen. **Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.**

**Kestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In Dresden am 18. Dezember der Kollege Karl Hermann Hempel, 56 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Löwenberg am 17. Dezember der Kollege Bernhard Erdmann, 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.